



öffentlich

Betreff:
Miethöhe Krampnitz

Einreicher: Fraktion DIE LINKE

Erstellungsdatum 14.08.2018

Eingang 922:

Beratungsfolge:

Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.09.2018	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in Gesprächen mit der Deutschen Wohnen darauf zu drängen, dass die ursprünglich zugesagte Mietobergrenze von 8,50 Euro für die geplanten Wohnungen in Krampnitz vertraglich festgeschrieben und umgesetzt wird.

Die Stadtverordnetenversammlung ist im Dezember 2018 über das Ergebnis der Bemühungen zu informieren.

gez. Dr. H.-J. Scharfenberg
Fraktionsvorsitzender

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Das Wohnungsunternehmen Deutsche Wohnen wird in Krampnitz einen großen Teil der dort geplanten Wohnungen realisieren. Ursprünglich ist davon ausgegangen worden, dass für diese Wohnungen eine Mietobergrenze von 8,50 Euro gelten soll. Jetzt hat sich herausgestellt, dass es dafür keine belastbare Grundlage in Form einer vertraglichen Sicherung gibt. Um bezahlbares Wohnen in diesem neuen Stadtteil zu sichern, sollte der Oberbürgermeister in Gesprächen mit dem Investor auf eine solche Regelung drängen.